Beschlussvorlage

Tagesordnungspunkt:

SchülerTicket

Beratungsfolge:	Abstimmungsergebnis			Sitzungs- termin
	einst.	Enth.	Gegen.	
Schulausschuss				15.06.2004

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Sachverhalt:

Der Rat der Gemeinde Marienheide hat den Antrag der UWG Ratsfraktion vom 02.05.2004 zur Einführung des SchülerTickets an den Schulausschuss verwiesen.

Die Verwaltung nimmt dazu wie folgt Stellung:

Bereits im Juni 2001 wurde eine Befragung zur Einführung des SchülerTickets durchgeführt. Diese richtete sich an die Erziehungsberechtigten der Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule und der vierten Schuljahre der Grundschulen. Das Schreiben sowie der Fragebogen sind als Anlage beigefügt.

Insgesamt wurden 1.080 Informationsschreiben herausgegeben. Davon wurden 244 zurückgegeben. 121 (11,20%) haben sich für und 123 (11,39%) gegen eine Einführung des SchülerTickets entschieden.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob eine erneute Befragung mit einem modifizierten Schreiben durchgeführt werden soll und ob dann mit einem größeren Interesse zu rechnen ist. Als Beispiel für einen zweiten und erfolgreichen Anlauf dient hier die Gemeinde Engelskirchen.

Zum SchülerTicket wird zusammenfassend folgendes ausgeführt:

SchülerTicket Modelle:

Der Verkehrsverbund Rhein/Sieg (VRS) gibt verbindlich zwei Modelle vor.

- 1.) Das Solidarmodell - für die Gemeinde Marienheide nicht interessant, da alle Gesamtschüler zur Abnahme verpflichtet wären.
- 2.) Das Fakultativmodell – hier sind lediglich alle SchülerInnen zur Abnahme verpflichtet, die im öffentlichen Personennahverkehr befördert werde.

Allen anderen ist die Abnahme freigestellt.

Vorteile gegenüber der Schülerjahreskarte:

- An 365 Tagen im Jahr kreuz und quer und rund um die Uhr durch das Tarifgebiet der VRS, ob nach Köln, Bonn, Brühl, Bad Münstereifel, Leverkusen, Gummersbach, Marienheide, Bergneustadt etc., also von der tiefsten Eifel bis auf die Höhen des Bergischen Landes, ein ganzes Schuljahr lang
- Grenzenloses Fahrvergnügen auch in den Schulferien
- Schluss mit dem Wirrwarr von Fahrausweisen für die Schule und für die Freizeitfahrten
- Freie Wahl aller Verkehrsmittel, z.B. 18 DB-Linien, S-Bahn-Linien, Stadt- und Straßenbahnlinien in den Großstädten, über 450 Buslinien im gesamten Tarifgebiet
- Und das Fahrrad kann auch mitgenommen werden * Es gelten Sonderbedingungen
- Preisstufen und Geltungsbereiche der Fahrzonen sind kein Thema mehr
- Mama und Papa haben als Chauffeure ausgedient
- Nie wieder „Schwarz-Fahren müssen“
- Schulfahrten z.B. zum Berufsinformationszentrum oder zum Schülerpraktikum sowie Ausflugsfahrten im Verkehrsgebiet sind auch schon drin
- Keine Nachteile für Inhaber von Abo-Verträgen mit den örtlichen Verkehrsunternehmen beim Erwerb des SchülerTickets
- Schülerinnen und Schüler die keine Freifahrberechtigung haben und ihre Fahrkarte selbst finanzieren, sparen bei der neuen Tarifstruktur 74,10 € im Jahr.

Nachteile:

- Bisher Freifahrberechtigte müssen zuzahlen.

- Das SchülerTicket wird im Jahres-Abo angeboten und muss für 1 Jahr verbindlich beantragt werden. Für die bestehende Winterregelung bedeutet das, dass den in diesem Rahmen Anspruchberechtigten SchülernInnen kein Ticket mehr kostenlos zur Verfügung gestellt werden kann. Die Eltern wären gehalten, ein Monatsticket auf eigene Rechnung zu kaufen.

Soweit die bisher getroffene Freiwilligkeitsregelung in den Wintermonaten beibehalten werden soll, könnten die Eltern die Monatstickets auf eigene Rechnung kaufen und zur Erstattung dem Schulträger vorlegen.

Das ist aber gleichzeitig mit mehr Verwaltungsaufwand, Bearbeitung von 20 bis 30 Einzelanträgen, und ggf. höheren Kosten verbunden.

- Weitere Angaben zum höheren Verwaltungsaufwand unter Punkt „Kostenentwicklung und voraussichtlicher Verwaltungsaufwand“

Tarifstruktur:

Die Abrechnung erfolgt monatlich und es werden insgesamt 12 Monate zu Grunde gelegt.

freifahrberechtigte SchülerInnen im Linienverkehr gemäß § 42 PBefG ¹⁾	teilfeifahrberechtigte SchülerInnen im Linienverkehr gemäß § 42 PBefG ¹⁾
1. Kind: 10,00 Euro (max. 12 €) 2. Geschwisterkind*: 5,00 Euro (max. 6 €) ab 3. Geschwisterkind*: 0,00 Euro SchülerInnen mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt gemäß Bundessozialhilfegesetz : 0,00 Euro	1. Kind: 19,95 Euro ab 2. Geschwisterkind*: 10,00 Euro (max. 12 €)
nicht freifahrberechtigte SchülerInnen im Linienverkehr gemäß § 42 PBefG 1)	SchülerInnen im Schülerspezialverkehr gemäß Freistellungs-Verordnung 1)
19,95 Euro	freifahrberechtigte SchülerInnen: 10,00 Euro (max. 12 €) teilfreifahrberechtigte oder nicht freifahrberechtigte SchülerInnen: 19,95 Euro

¹⁾ Volljährige freifahrberechtigte Kinder einer Familie zahlen grundsätzlich 10,00 Euro und bleiben bei der Staffelung der Eigenanteile unberücksichtigt.

*) Als Geschwisterkinder i.S. dieser Regelung gelten Geschwisterkinder an weiterführenden Schulen sowie in Vollzeitform geführten Berufsfach- oder Fachoberschulen im Verbundgebiet des VRS, an welchen das SchülerTicket eingeführt ist.

Von der Einführung des SchülerTickets an der Gesamtschule sind nachfolgende Schülerzahlen (Stand April 2004) betroffen:

		Eigenanteil
ÖPNV-SchülerInnen - freifahrberechtigt	487	10,00 €
ÖPNV-SchülerInnen teilfreifahrberechtigt	3*1)	19,95 €
Schülerspezialverkehr-SchülerInnen - freifahrberechtigt	54 76 Elterninitiative, Klee-Bus	10,00 €
Schülerspezialverkehr-SchülerInnen gegen Entgelt - nicht freifahrberechtigt	12	19,95 €
Fußgänger	408	19,95 €
Insgesamt	986	

*1) SchülerInnen die eine Zuzahlung zur Schülermonatskarte leisten müssen.

Der Eigenanteil der SchülerInnen bzw. Erziehungsberechtigten

Der nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Schulfinanzgesetz zu zahlende Eigenanteil entsteht dem Grunde nach dadurch, dass mit der Einführung des SchülerTickets dieses Ticket auch zur sonstigen Benutzung von Angeboten des öffentlichen Personennahverkehrs berechtigt (Freizeitwert des SchülerTickets). In diesen Fällen ist der Schulträger verpflichtet, den Eigenanteil der freifahrberechtigten SchülerInnen festzustellen. Von dieser Regelung werden auch die freifahrberechtigten SchülerInnen im Schülerspezialverkehr erfasst, soweit diese das SchülerTicket im Hinblick auf den Freizeitwert des Tickets erwerben wollen.

Das sogenannte Inkassogeschäft, also die Erhebung und Beitreibung des Eigenanteils der freifahrberechtigten SchülerInnen bzw. durch die Erziehungsberechtigten, erfolgt durch das Verkehrsunternehmen aufgrund eines Abonnementvertrages. Die Gemeinde Marienheide überträgt dieses Geschäft gemäß den vertraglichen Bedingungen (§ 7 des Vertrages) auf das Verkehrsunternehmen. Es entstehen hierdurch der Gemeinde keine weiteren Kosten.

Rechtliche Konsequenzen bei Nichterwerb des SchülerTickets

Wird das SchülerTicket für die Gesamtschule als Regelangebot für freifahrberechtigte SchülerInnen im ÖPNV eingeführt, sind alle SchülerInnen, die bisher eine Schülerjahreskarte durch den Schulträger erhalten haben verpflichtet, auch das SchülerTicket mit einem Eigenanteil von 10,00 € pro Monat (12 Monatsbeiträge) zu erwerben.

SchülerInnen, die davon keinen Gebrauch machen, verlieren damit zeitgleich auch den Anspruch auf Erstattung notwendiger Fahrkosten nach der Schülerfahrkostenverordnung, etwa dann, wenn sie zukünftig mit dem Mofa oder dem PKW fahren wollen und eine Erstattung in „EURO“ beantragen würden.

Das Abrechnungsverfahren

Bis zur Einführung des SchülerTickets hat der Schulträger die Fahrkosten für anspruchsberechtigte SchülerInnen übernommen, indem er das Entgelt für die ausgegebenen Fahrausweise an das VRS-Partnerunternehmen entrichtet hat. Der Schulträger garantiert dem VRS-Partnerunternehmen die bislang aus diesem Verfahren resultierenden Einnahmen.

Für das neue Abrechnungsverfahren gelten nunmehr folgende Grundsätze:

Es wird – zwischen dem Schulträger und dem VRS-Partnerunternehmen einvernehmlich - der Finanzbetrag festgestellt, welchen der Schulträger für einen Durchschnittsmonat im Schuljahr 2004/2005 auf Basis der abgenommenen SchülerjahresTickets für freifahrberechtigte SchülerInnen der Schule zu entrichten hat.

Dieser wird künftig als gemittelter Monatswert bezeichnet und gilt ab dem Schuljahr 2005/2006 für die Dauer des Vertrages. Dieser Finanzbetrag ist als Abschlagszahlung bis zum Schuljahresende monatlich (ausgenommen Hauptferienmonat) an das VRS-Partnerunternehmen abzuführen.

Zum Ende des Schuljahres 2005/2006 werden die unter Berücksichtigung der Entwicklung der Schülerzahlen und des allgemeinen VRS-Tarifs tatsächlich zu entrichtenden monatlichen Beträge wie folgt ermittelt:

Rückwirkend für das gesamte Schuljahr 2005/2006 wird der monatliche Zahlungsbetrag im Verhältnis der Schülerzahlen „neues Schuljahr zu altem Schuljahr“ angepasst.

Bei den Schulen werden der Berechnung die Zahlen der amtlichen Schülerstatistik zugrunde gelegt (15.10.2004 und 15.10.2005) und durch den Schulträger an VRS und das VRS-Partnerunternehmen gemeldet.

Für den Zeitraum 01.01. – 31.08.2006 erhöht sich der monatliche Abgeltungsbetrag um die durchschnittlich gewichtete Preisanhebung des SchülerjahresTickets zum 01.01.2006.

Die sich auf Grundlage der zum Schuljahresende 2005/2006 erfolgenden Spitzabrechnung ergebenden Über- oder Minderzahlungen werden zum Ende des jeweiligen Schuljahres verrechnet und ausgeglichen. Zu welchem Zeitpunkt die erforderlichen Daten jeweils vorliegen müssen sowie eine Anpassung der monatlichen Abschlagszahlungen erfolgt, wird individuell zwischen den Vertragspartnern geregelt.

Zu erwähnen ist, dass der Zuzahlungsanspruch für freifahrberechtigte SchülerInnen gegenüber der Gemeinde Marienheide, die nicht die nächstgelegene Schule in ihrem Heimatort besuchen, durch die Einführung des SchülerTickets entfällt. Allerdings ist der/die Schüler(in) in diesem Falle zur Abnahme des SchülerTickets in Höhe von 19,95 € verpflichtet.

Der damit verbundene Einnahmeverlust für die Gemeinde Marienheide wird aber dadurch kompensiert, dass der Schulträger an den Verkehrsträger nur den um den Eigenanteil reduzierten Betrag überweisen würde.

Juniorticket, bestehende Alternative zum SchülerTicket:

Die Eltern können bereits jetzt schon das Juniorticket zum derzeitigen Monatspreis von 11,60 € (9,70 € im Jahres-Abo-Verfahren) erwerben. Bis auf die zeitliche Begrenzung, montags bis freitags erst ab 14.00 Uhr und in den Ferien ab 09.00 Uhr, bietet es sonst alle Vorteile des SchülerTickets.

Kostenentwicklung und voraussichtlicher Verwaltungsaufwand:

Nach derzeitigem Kenntnisstand stellt sich die Einführung des SchülerTickets für den Schulträger kostenneutral dar. Einsparungen in geringer Höhe könnten sich bei der Durchführung des Schülerpraktikums ergeben.

Der Verwaltungsaufwand ist in der Anlaufphase **deutlich höher**, da bei Ersteinführung alle Anträge durch den Schulträger geprüft werden müssten. Für weitere Schuljahre reduziert sich der Aufwand, läge aber bei den derzeitigen Vertragsbedingungen **höher** als bei dem jetzigen

Verfahren. Als Gründe hierfür sind zu nennen, dass jeder Fahrschüler für jedes Schuljahr einen neuen Jahres-Abo-Vertrag schließen und bei Empfängern von lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt gemäß BSHG die Bestätigung des Sozialamtes eingeholt werden muss.

Arbeitserleichternd ist hingegen die Tatsache, dass die monatliche Rechnungsprüfung entfallen würde.

Wenn, nach Abwägung aller Vor- und Nachteile, eine Einführung politisch gewollt ist, sollte zunächst durch eine erneute Elternbefragung geprüft werden, ob sich eine breite Mehrheit dafür ausspricht. Im Rahmen der Schulmitwirkung ist der Beschluss der Schulkonferenz einzuholen, um die weiteren Verfahrensvoraussetzungen zu schaffen. Die Verwaltung hat den Antrag der UWG-Fraktion der Gesamtschule bereits zur Stellungnahme übersandt.

Beschlussvorschlag:

Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung, eine neue Elternbefragung zur Einführung des Schülertickets durchzuführen. Ergibt die Auswertung, dass eine deutliche Mehrheit der Befragten eine Einführung befürwortet, ist der Beschluss der Schulkonferenz der Gesamtschule einzuholen. Danach werden die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen.

In Vertretung

Marienheide, 14. Mai 2004

Marcus Lübken
Beigeordneter